

---

Marion Schardt-Sauer

## “HERBER RÜCKSCHLAG FÜR DIE BILDUNGSGERECHTIGKEIT”

12.03.2026

---

### SCHARDT-SAUER KRITISIERT KÜRZUNGEN BEI LEHRERSTELLEN

Nach Berechnungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) könnten im Bereich des Schulamts Limburg-Weilburg/Lahn-Dill rund 14 Lehrerstellen wegfallen.

Die heimische Landtagsabgeordnete, Marion Schardt-Sauer, kritisiert die geplanten Bildungskürzungen der schwarz-roten Landesregierung scharf. CDU und SPD planen nach den aktuellen Haushaltsberatungen deutliche Einsparungen bei Förderinstrumenten an Schulen – darunter Stellen an Integrierten Gesamtschulen sowie bei der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung. Insgesamt summieren sich die Einsparungen im Bildungsbereich nach derzeitigen Planungen auf rund 70 Millionen Euro. Betroffen sind unter anderem Intensivklassen zur Sprachförderung sowie der sogenannte Sozialindex, über den Schulen in sozial besonders herausfordernden Lagen zusätzliche Lehrkräfte erhalten.

Nach Berechnungen der GEW könnten im Bereich des Staatlichen Schulamts Weilburg für den Lahn-Dill-Kreis und Limburg-Weilburg rund 14 Stellen im Rahmen der sozialindizierten Lehrkräftezuweisung wegfallen. Im Durchschnitt entspricht das etwa zwei bis drei Lehrkräften pro betroffener Schule.

„Wer bei Bildung kürzt, spart nicht im System, sondern an den Zukunftschancen unserer Kinder“, erklärt Schardt-Sauer. „Besonders problematisch ist, dass ausgerechnet die Schulen getroffen werden, die viele Kinder mit zusätzlichem Förderbedarf unterstützen.“

Auch in Limburg-Weilburg wären wichtige Schulstandorte betroffen – darunter die Integrierten Gesamtschulen in Weilburg und Runkel.

Kritisch bewertet Schardt-Sauer zudem die geplanten Einschnitte beim Sozialindex. Die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung wurde 2013/2014 auf Initiative der Freien Demokraten eingeführt, um Schulen in sozial herausfordernden Lagen gezielt stärker zu unterstützen.

„Der Sozialindex folgt einem klaren Prinzip: Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Schulen mit hohem Förderbedarf brauchen mehr Unterstützung – nicht weniger“, so Knell. „Dass ausgerechnet dort gekürzt wird, wo Kinder besonders auf Unterstützung angewiesen sind, setzt völlig falsche Prioritäten.“

Für Schardt-Sauer steht fest: „Gerade Kinder, die zusätzliche Unterstützung brauchen, dürfen nicht die Leidtragenden von Sparmaßnahmen sein. Wer es mit Chancengerechtigkeit ernst meint, muss gerade hier investieren. Die CDU betont in Wahlprogrammen gern, Bildung sei die wichtigste Zukunftsvorsorge. Doch wenn es konkret wird, setzt sie den Rotstift an. Das passt nicht zusammen.“

Foto: (c) Corri Seizinger - stock.adobe.com